

Antrag an Petitionsausschuss des Senats von Berlin

Bebauung eines kleinen Feldes in Rudow mit massiven mehrgeschossigen Bauten inmitten von Einfamilienhäusern

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Antrag wird auch im Namen der Bürgerinitiative Rudow e.V. gestellt, dessen Vorstandsvorsitzender ich bin (Internet: www.rudower-felder.de).

Vom 6.5.19 bis 7.6.19 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen ein Antrag auf Änderung des FNP für das Feld Ostburger Weg/Neuhofer Str. gestellt (Größe 4 ha). Dieses Feld war bisher im FNP als Grünfläche mit sportlicher Betätigung ausgewiesen und wird seit Jahrzehnten von den Bauern Mette und Mender bewirtschaftet.

Die Umwidmung des Feldes im FNP soll auf W 2 geändert werden, dies bedeutet ein GFZ von 1,5 bis 1,7, obwohl die umliegenden Gebiete nur eine GFZ von 0,4 bis 0,6 aufweisen. Die Bürgerinitiative hat zu diesem Änderungswunsch eine umfangreiche Stellungnahme über ihren Anwalt verfasst. Leider ist bis heute keine qualifizierte Antwort auf unsere Bedenken erfolgt, es ist nur mitgeteilt worden, dass die Stellungnahme unter der Dokumenten-Nr. 38228 registriert wurde.

Der Eigentümer dieses Feldes, die ev. Kirchengemeinde Rudow und das Bezirksamt Neukölln versuchen seit 2019 Tatsachen zu schaffen. Es werden zwar die Bedenken der Bürger zur Kenntnis genommen, aber die einmal gefassten Entscheidungen werden nicht verändert.

Als Bürger dieser Stadt ist es unerträglich, wie man durch das Verhalten der Beteiligten mit seinen Anliegen immer wieder gegen eine Wand läuft. Die Senatsverwaltung behauptet beim FNP, dass bisher keine endgültige Entscheidung gefällt wurde, der Bezirk verweist darauf, dass alle Fragen unserer Seite in einem Bebauungsplanverfahren (B-Plan) geklärt werden, der Grundstückseigentümer weist daraufhin, dass ja noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen wurden, obwohl die Beteiligten nach unserer Kenntnis bereits viel Geld für Ideenwettbewerbe und Planungen ausgegeben haben. Das offensichtliche Ziel ist leicht erkennbar: Jegliche ernsthafte Bürgerbeteiligung soll ins Leere laufen, am Ende werden die Bewohner Rudows vor vollendete Tatsachen gestellt. Dieses Verhalten muss zwangsläufig zu einer Politikverdrossenheit führen.

Wir bitten deshalb um Klärung folgender Fragen:

1. Der Antrag auf Änderung des FNP wurde mit dem deutlichen Hinweis auf „Bürgerbeteiligung“ in den Zeitungen veröffentlicht.
Frage: Warum bekommt dann der Bürger, der sachlich begründete schriftliche Einwände gegen diese Änderung einreicht, auch nach mehr als 2 Jahren keine Antwort auf seine Fragen? Dieses Verhalten hat mir Bürgerbeteiligung nichts zu tun.

2. Das Stadtentwicklungsamt Neukölln hat eine Wohnbaupotenzialstudie erstellen lassen, in der für das Feld eine max. Bebauung mit 45 Einfamilienhäuser (EFH) empfohlen wird. Weiterhin ist vom Bezirksamt Neukölln ein Konzept für soziale Infrastruktur - Siko – erstellt worden, in der ebenfalls eine max. Bebauung mit 45 EFH für zulässig erklärt wurde.

Frage: Warum werden vom Bezirksamt sehr teure Gutachten in Auftrag gegeben, wenn diese bei einer Änderung des FNP nicht berücksichtigt werden?

3. Im Jahr 2010 ff wurde bei einer Bebauungsplanung für dieses Feld (hier sollte eine Oberschule entstehen) festgestellt, dass der zusätzliche Verkehr von den umliegenden kleinen Vorortstraßen nicht aufgenommen werden kann und deshalb wurden die Planungen eingestellt.

Frage: Warum lehnt das Bezirksamt es ab, vor Änderung des FNP und der Planung von 300 Wohneinheiten (WE) mit ca. 1.000 Bewohnern und einer sehr teuren B-Planung, ein Verkehrsgutachten zu erstellen, um die Aufnahme des erheblichen zusätzlichen Verkehrs in den kleinen Vorortstraßen zu prüfen, obwohl bereits einige Jahre zuvor festgestellt wurde, dass die umliegenden Straßen keinen zusätzlichen Verkehr aufnehmen können?

4. Der Bezirk Neukölln hat laut Flächenatlas Berlin die geringsten Freiflächen in Berlin, sogar die Innenstadtbezirke haben größere Freiflächen.

Frage: Wieso lässt es die Senatsverwaltung mit der vorgesehenen Änderung des FNP zu, dass ein derart unterversorgter Bezirk auch noch den letzten kleinen Rest zubetoniert, obwohl mit dieser Entscheidung soziale Probleme vorhersehbar sind?

5. Die betroffenen Bürger in Rudow-Süd können nicht einmal im Ansatz begreifen, dass ein Bezirk ernsthaft plant, ca. 300 WE mit 4-geschossigen Blockbauten auf einem kleinen Feld zu errichten, obwohl das Feld an den langen West- und Ostseiten direkt an kleine 1 ½-geschossige EFH anschließt.

Frage: Ist es zulässig, dass trotz der bekannten Wohnungsprobleme der Stadt jede Rücksicht auf gewachsene Strukturen außer Acht gelassen werden?

6. Wie der Tagespresse täglich zu entnehmen ist, wird vom BUND und anderen Umweltorganisationen darauf hingewiesen, dass eine lebenswerte Stadt auch noch Freiflächen benötigt.

Frage: Ist es im Sinne des Senats von Berlin, dass nach den Verdichtungen in der Gropiusstadt und auch in Rudow auch noch die letzten ökologisch wichtigen Feldflächen verschwinden?

7. Im direkt angrenzenden Brandenburg sind in den letzten Jahren eine große Anzahl von Wohnungen entstanden. Hinzu kommt die Eröffnung des BER. Mit diesen Entwicklungen ist ein erhebliches zusätzliches Verkehrsaufkommen in Rudow-Süd zu verzeichnen, da dies auch den ruhenden Verkehr betrifft. Viele Bürger aus dem nahen Brandenburg nutzen die Verkehrsanbindungen am U-Bahnhof und Reisende, die vom BER abfliegen, parken ihre Fahrzeuge in Rudow-Süd oft für viele Tage in den kleinen Nebenstraßen, um mit Bussen zum Flughafen zu fahren.

Frage: Warum wird diese Entwicklung nicht vor einer Änderung eines FNP berücksichtigt und warum diskutiert man im Bezirk überhaupt einen derartig abwegi-

gen Wunsch des Grundstückseigentümers, massive mehrgeschossige Bauten zu errichten (als Bürger dieses Staates kann man doch wohl erwarten, dass die Beteiligten im Rathaus Neukölln diese Fragen klären, bevor viel Zeit und Geld für Planungen vergeudet werden)?

Lassen Sie mich abschließend nochmals feststellen, dass man sich als Bürger von der Politik nicht mehr ernst genommen fühlt. Man ist zwar von Seiten des Bezirksamts bereit, auf unsere Fragen zu antworten und sich auch persönlich den Fragen zu stellen, allerdings hält man trotz aller Argumente stur und kompromisslos an seinen eigenen Vorstellungen fest. Der Eindruck ist eindeutig: Man bezahlt zwar teure Gutachten und Studien, um sie anschließend zu ignorieren und dann seine eigenen – manchmal persönlichen – politischen Ziele zu verfolgen.

Mit freundlichen Grüßen